

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Weisungen zur Gemeindevwahl 1995

(paf) – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 8. November Weisungen zur Gemeindevwahl 1995 erlassen und den Gemeindevorstellungen zuhanden der Wahlkommission zukommen lassen. Die Weisungen betreffen die Stimmabgabe bei den Gemeindevahlen, die Wahlvorbereitung und das Wahlverfahren für die Wahl des Vorstehers und des Gemeinderates, die Ermittlung des Wahlergebnisses und die erleichterte Stimmabgabe.

Bodenschutzkommission: Längere Mandatsperiode

(paf) – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 8. November beschlossen, die Mandatsperiode der Bodenschutzkommission, die am 4. Dezember 1994 abläuft, bis Ende März 1995 zu verlängern. Diese Verlängerung gibt der Vorsteherkonferenz die Möglichkeit, ihre beiden Kommissionsvertreter erst nach den Gemeindevahlen zu nominieren und damit eventuelle Änderungen in der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen Rechnung zu tragen.

Autoverkäufe leicht abgeschwächt

Bern (AP) Die Zuwachsraten der Autoverkäufe haben sich auch im Monat Oktober noch einmal leicht abgeschwächt. In den ersten zehn Monaten sind aber mit 237 446 ausgelieferten Neuwagen immer noch 4,6 Prozent mehr als in der Vorjahresperiode abgesetzt worden, wie der VSAI am Mittwoch in Bern mitteilte. Im Vergleich zum Oktober 1993 betrug der Zuwachs 3,6 Prozent.

Nach wie vor als «Renner» erweisen sich in diesem Jahr die Dieselfahrzeuge, wie der Statistik der Vereinigung Schweizerischer Automobil-Importeure (VSAI) weiter zu entnehmen ist. Ihre Zahl erhöhte sich bisher in diesem Jahr um 40,2 Prozent auf 10 111 Einheiten.

BFA-Direktor Hunziker tritt in den Ruhestand

Bern (AP) Der wegen der Visumerteilung an den mutmasslichen ruandischen Kriegshetzer Felicien Kabuga unter Beschuss geratene Direktor des Bundesamtes für Ausländerfragen, Alexandre Hunziker, tritt auf Ende Jahr vorzeitig zurück. Der von Bundesrat Arnold Koller verlangte Untersuchungsbericht wurde am Mittwoch als vertraulich taxiert und nicht veröffentlicht.

Telekommunikation heisst das Zauberwort für die Zukunft

11. Vorarlberger Wirtschaftsforum mit weltumspannender Thematik und Starreferent Helmut Schmidt zum glanzvollen Abschluss

(pdg) – Die ganztägige Veranstaltung im Kulturhaus Dornbirn mit dem Thema «Vorsprung durch Technologie, genauer: durch Telekommunikation» endete gestern mit einem 70minütigen Referat von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, Hamburg, der in einem weitgespannten Szenarium seine Sicht der Welt von heute und morgen gab. Schmidt beendete sein Referat mit einem Appell an jeden einzelnen, dass neben vielen wirtschaftlichen Massnahmen das Wichtigste die «Erziehung zum Gemeinwohl als Gegenpol zur Entwicklung in den letzten 40 und 50 Jahren sein müsse».

Konkret wandte er sich gegen das Fernsehen und seine permanente Ausstrahlung von Gewalt, die er als Bestandteil der menschlichen Gesellschaft und als Gefahr für das demokratische System bezeichnete. Das Fernsehen verführe Politiker und Zuseher dazu, weil Interviews von Politikern beispielsweise nur 45 Sekunden dauern dürften und schon deshalb oberflächlich sein müssten.

Helmut Schmidt hatte zuvor einen weltpolitischen Exkurs mit tiefem Wissen und hauseisem Weitblick aufgrund seiner Erfahrungen gegeben, historische Entwicklungen und Zusammenhänge für seine Thesen dargelegt und schliesslich vier Hauptprobleme so-

wie ebenso viele künftige Weltmächte – zum eingangs erwähnten Erziehungsproblem dazu – in den Raum gestellt.

Das Weltbevölkerungswachstum hat katastrophale Folgen, sagte Schmidt, denn Destraktion der Umwelt, Kriege, Massenwanderungen und Konflikte seien die Folgen. Die Weltkonferenz in Kairo hat zwar das Bewusstsein darüber gesteigert, aber nichts verändert. Ein weiteres Problem sei der Kampf der grossen Religionen und Fundamentalisten: Islam, Christen, Schiiten usw. Die Deregulation der Weltwirtschaft und die Auswüchse der finanziellen Korruption und des Kapitalismus sind ein drittes Weltproblem und die Umweltzerstörung schliesse den Kreis der wenig erfreulichen Entwicklungstendenzen.

Wissen ist Macht

Die von der Vorarlberger Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer und den Vorarlberger Nachrichten unter starker Beteiligung aus der Wirtschaft Vorarlbergs, Liechtensteins und der Ostschweiz durchgeführte Veranstaltung war vom Büro Ortner & Partner wieder perfekt organisiert und vorbereitet. Mit dem früheren deutschen Postminister Christian Schwarz-Schilling, dem amerikanischen Info-Highway-Experten Timothy-Sloan und dem EU-Telekommu-

nikationsspezialisten Reinhard Böscher gaben kompetente Referenten Einblicke in eine Reihe von Themen. Am Beginn hatte Helmut Kramer, Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts Wien sowie Univ.-Prof. Hubert Osterle von der Hochschule St. Gallen über internationale Entwicklungen über die Telekommunikation berichtet. Vorarlbergs Landeshauptmannstellvertreter Herbert Sausgruber vermittelte den Standort der Praktikers der Politik aus regionaler Sicht.

WIFO-Chef Kramer bezeichnete es als Überlebensnotwendigkeit, das an sich alte Schlagwort vom Wissen ist Macht zu aktivieren und die Anwendung, den Einsatz und die Verfügbarkeit von Wissen als entscheidenden Wettbewerbsfortschritt anzuerkennen. Dies treffe auf Firmen ebenso wie auf öffentliche Verwaltungen zu, die heute verstärkt mit Methoden des Managements geführt werden müssen. Der frühere deutsche Postminister meinte, dass die heute sogenannte dritte industrielle Revolution eine Hochtechnologie-Revolution bedeute und die Mikroelektronik und Telekommunikation die treibenden Kräfte sind. Die Wachstumschancen der Telekommunikation sind erkennbar und als «vierter Produktionsfaktor» längst anerkannt. Im öffentlichen Bereich, so betonten alle Re-

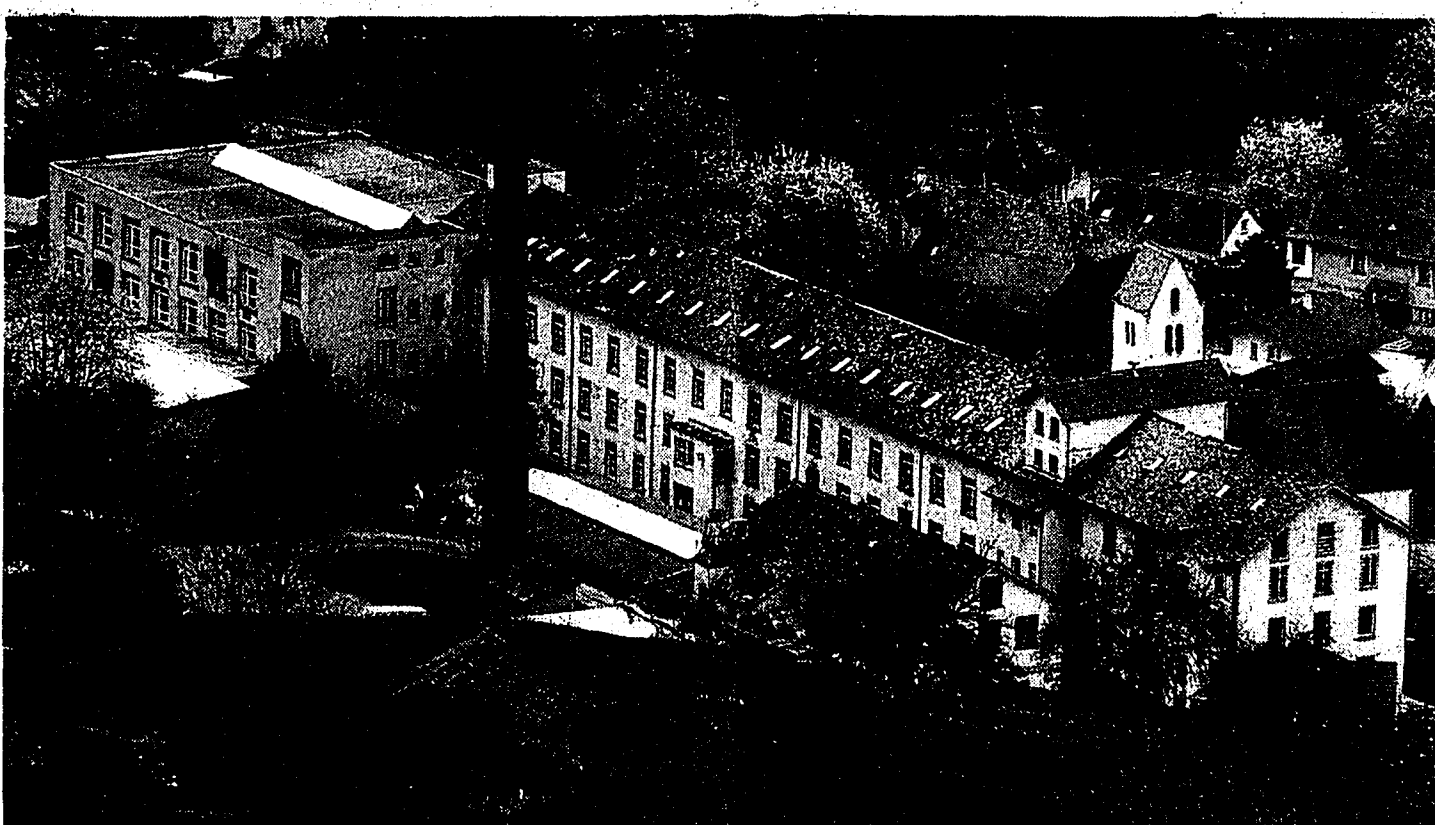
ferenten mehr oder weniger deutlich, bedeute ein Aufgeben von staatlichen Monopolen eine Liberalisierung und auch Privatisierung, um damit den Wettbewerb, die Innovation und das Überleben zu sichern.

Der EU-Technokrat Böscher befasste sich mit der Informationsgesellschaft, mit ihrem ungeheuren innovativen Potential und dessen Auswirkungen auf die Produktivitätssteigerungen. Mit Informationsgesellschaft ist mehr gemeint als nur «Informations-Highways» sagte Böscher. Auch er plädierte dafür, dass sich die Rolle des Staates grundlegend verändern, schlanker werden müsse und sich in Richtung einer offenen, pluralistischen Gesellschaft mit mehr individuellen Wahlmöglichkeiten und weniger kollektiven Kontrollen entwickeln müsse.

Herbert Sausgruber, der gemeinsam mit den übrigen Referenten sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion stellte, hob die Rolle Vorarlbergs als Wirtschaftsstandort hervor. Wesentlicher Anteil einer positiven Entwicklung komme der Telekommunikation zu. Die bisherigen Anstrengungen (vier MAN-Anschlüsse und 10 Standorte, Glasfaserverkabelung in den Ballungsräumen und weitere Verbesserung der Telekommunikationsinfrastruktur) bestätigten die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Spoerry-Fabrik in Triesen unter Schutz gestellt

Gemeinde Triesen will die Fabrikanlage zukünftig multifunktionell nutzen und entsprechend renovieren



Nach einer Meldung des Presse- und Informationsamtes hat die Regierung die Unterschutzstellung der ehemaligen Baumwollweberei Jenny, Spoerry und Cie. in Triesen genehmigt. Die Unterschutzstellung betrifft das äussere Erscheinungsbild und die innere Gebäudestruktur. Die Gemeinde Triesen beabsichtigt, die im Jahre 1982 stillgelegte Fabrikanlage zukünftig multifunktionell zu nutzen und entsprechend zu renovieren und anzupassen. Die Gründung der Fabrik geht auf das Jahr 1861 zurück, als erste Schritte unternommen wurden, um in Heimarbeit erzeugte Textilprodukte maschinell herzustellen. (Archivbild: Beat Schürte)

Dreifuss bedauert Kritik an Bundesrat

Bern (AP) Bundesrätin Ruth Dreifuss hat gemäss Angaben von Vizekanzler Achille Casanova am Mittwoch im Bundesrat bedauert, sich von einem Entscheid des Kollegiums distanzieren zu haben. Es sei das erste Mal gewesen, und sie werde sich bemühen, dass es auch das letzte Mal gewesen sei, sagte sie gemäss Casanova.

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) hatte am vergangenen Samstag vor dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) den Entscheid des Bundesrates kritisiert, bei der AHV aus Spargründen den Mischindex durch den Teuerungsindex zu ersetzen. Damit drohe ein gravierender Schnitt ins soziale Netz.

Dreifuss gab zu Beginn der Bundesratssitzung ihrem Bedauern in dreifacher Hinsicht Ausdruck, wie Casanova sagte. Sie habe bedauert, zu einer weiteren Welle von Kritik und Zweifeln an der Zusammenarbeit innerhalb des Bundesrates Anlass gegeben zu haben.

Sie habe bedauert, dass sie sich öffentlich von einem Entscheid des Bundesrates distanzieren habe. Sie werde ihr Möglichstes tun, dass dies das letzte Mal gewesen sei.

STILO - COM
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm:
com = compact, kombinierbar, communicativ.
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestätigen.
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen.

THONY
FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075/2324422
office

Gesuche für Nagra-Bohrungen in der Nordschweiz eingereicht

Erdwissenschaftliche Untersuchungen für Endlagerung hochaktiver Atomabfälle – Gemeinden warten ab

Baden (AP) Die Nagra will in den aargauischen Gemeinden Leuggern und Böttstein sowie im zürcherischen Benken Sondierbohrungen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle durchführen. Sie hat am Mittwoch beim Bundesrat entsprechende Gesuche eingereicht. Die Behörden der anvisierten Gemeinden wehrten sich vorerst nicht gegen die Bohrpläne, wie eine Umfrage der AP ergab.

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hatte bereits 1982 begonnen, das kristalline Grundgestein in der Nordschweiz zu untersuchen. Jetzt sollen vertiefte seismische, hydrogeologische und geologische Messungen durchgeführt werden. Einerseits will die Nagra das kristalline Grundgestein des nördlichen Aargaus

und andererseits den Opalinuston, ein Sedimentgestein, im Zürcher Weinland genauer unter die Lupe nehmen. Behördenvertreter der drei betroffenen Gemeinden erklärten auf Anfrage übereinstimmend, sie seien über die Pläne der Nagra informiert, die Gesuche lägen ihnen aber noch nicht vor. Der Gemeinderat von Benken sei nicht gegen Sondierbohrungen, sagte Gemeindepräsident Bruno Bosshardt. Er sei der Ansicht, dass die Standortsuche nicht torpediert werden solle. Ob die Lösung des Problems hochradioaktiver Abfälle in einem solchen Endlager bestehe, sei er sich aber noch gar nicht sicher, sagte Bosshardt. Vielleicht gebe es einmal eine «elegante Lösung». Die Nagra hatte bereits im vergangenen Juni angekündigt, dass sie beim Bundesrat Gesuche für entspre-

chende Sondierbohrungen einreichen werde. Prioritäres Ziel sei die Abklärung der geologischen Endlageroptionen in der Schweiz und die Ausarbeitung konkreter Enlagerprojekte, gab die Nagra in Baden bekannt. Bis zum Entscheid über einen allfälligen Standort in der Schweiz sollen jedoch auch Optionen für die Beteiligung an internationalen Entsorgungprojekten offengehalten werden. Gemäss Atomgesetz müssen radioaktive Abfälle einer dauernden und sicheren Entsorgung zugeführt werden. Hochaktive und langlebige mittelaktive Abfälle sollen in einem Tiefenlager entsorgt werden. Unter hochaktiven Abfällen werden verbrauchte Brennelemente aus dem Betrieb der Kernkraftwerke oder verglaste Abfälle aus der Wiederaufbereitung verbrauchter Brennelemente verstanden.

